

Eva Herman: Offizielle Gender-Politik benachteiligt Männer

Jürgen Liminski bei Veranstaltung über Gender Mainstreaming: Warum stellt Politik zur Rettung des Bankensystems binnen kürzester Zeit 500 Milliarden Euro bereit, bei der Unterstützung von Familien aber ist die Politik knauserig.

Bornheim (kath.net/idea) Scharfe Kritik an der Familienpolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) haben evangelikale und katholische Experten in einem Seminar zum Thema „Gender Mainstreaming“ geübt. Mit Gender Mainstreaming bezeichnet man die vollkommene Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen. Ziele sind beispielsweise die stärkere Einbindung von Frauen ins Erwerbsleben sowie die Aufgabe von männlichen oder weiblichen Rollenbildern.

Der beim Deutschlandfunk tätige Redakteur Jürgen Liminski (Bonn) forderte Aufklärung von der Politik, warum sie zur Rettung des Bankensystems binnen kürzester Zeit 500 Milliarden Euro bereitstellen könne, bei der Unterstützung von Familien aber knauserig sei. „Die Familienpolitik in Deutschland verdient ihren Namen nicht, weil Urteile des Bundesverfassungsgerichts seit Jahrzehnten nicht umgesetzt werden“, sagte der Katholik. Einen Großteil der staatlichen Transferleistungen wie etwa das Kindergeld finanzierten die Familien selbst. Durch die Verkürzung der Bezugsdauer des Kindergeldes, der Erhöhung der Verbrauchssteuern, die Streichung der Pendlerpauschale bei Kurzstrecken und der Eigenheimzulage hätte der Staat in den vergangenen Jahren den Familien rund zehn Milliarden Euro „aus der Tasche gezogen“, während die Transferleistungen um lediglich 1,5 Milliarden Euro gestiegen seien. Liminski – Vater von zehn Kindern – sprach deshalb vom „Verrat an der Familie“.

Auf dem Treffen sprach die Fernsehmoderatorin und Buchautorin Eva Herman (Hamburg) in einem öffentlichen Vortrag vor rund 180 Besuchern. Sie kritisierte das Europäische Parlament, das sich Anfang September mit 504 zu 110 Stimmen in einem Entschließungsantrag gegen klischeehafte Darstellungen der Geschlechter in der Werbung gewandt hatte. So solle beispielsweise Fernsehwerbung, die Frauen bei der Hausarbeit zeigt, verboten werden, weil diese Arbeit „entwürdigend“ sei. Herman wies darauf hin, dass die offizielle Gender-Politik inzwischen zu einer massiven Benachteiligung von Männern komme. Feministinnen rechtfertigten diese Diskriminierung unter anderem als „Ausgleich für vergangenes, gegenwärtiges und zukünftiges Unrecht an Frauen“. Am meisten unter der aktuellen Politik litten die Kinder. Gerade ihnen aber habe sich Jesus Christus in besonderer Weise zugewandt und davor gewarnt, ihnen Schaden zuzufügen.

31. Oktober 2008, Katholische Nachrichten

<http://www.kath.net/detail.php?id=21223>